

**October 5, 1981**

**From the memo on discussions by the Chairman of  
the SPD, Brandt, with the Secretary of State of the  
United States of America, Haig**

**Citation:**

"From the memo on discussions by the Chairman of the SPD, Brandt, with the Secretary of State of the United States of America, Haig", October 5, 1981, Wilson Center Digital Archive, Friedrich Ebert Foundation, Archives of Social Democracy, Willy Brandt Archive, A 9, 35. Published in: Berliner Ausgabe, vol. 9. Included in CWIHP e-Dossier #22.  
<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/111406>

**Summary:**

Brandt and Secretary Haig's discussion on the German peace movement of 80's. Brandt states that the movements are not anti-American or neutral. He has warned Brezhnev against assuming that the peace movement is a Communist movement, as well. In discussions with Haig, Brandt offers a dialog towards the youth and believes the peace movement could be managed by talks.

**Original Language:**

German

**Contents:**

Original Scan

Rosen

t  
14/10

Bonn, 14. Oktober 1981

Aufzeichnungüber das Gespräch des SPD-Vorsitzenden mit Secretary Haigam 5. Oktober 1981 im State Department

Beginn: 5.30 pm, Ende 6.15 pm

Teilnehmer: WB

Secretary of State Haig

Botschafter Hermes

Ass. Secretary for European Affairs, Eagleburger  
und die Herren W.Stoessel, Kornblum, RosenVorbemerkung

Vor dem Beginn des offiziellen Gesprächs mit H. wurde die Friedensbewegung angesprochen, u.a. die Haltung der der Union nahestehenden jungen Leute zur Nachrüstung und zur Abrüstungsdebatte und die erwartete Wirkung auf die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland.

\*

H. berichtet einleitend über seine Gespräche mit dem Präsidenten über Cancun, B. über seine Begegnungen in New York, u.a. mit VN-Botschaftern und Muñoz Ledo. Als eines der Hauptprobleme stelle es sich für ihn, für die in Dritte-Welt-Fragen tätigen Organisationen (WF, GATT) ein gemeinsames Dach zu finden.

H. kündigt eine grundsätzliche Rede des Präsidenten vor Cancun an, die seine, H.'s, VN-Rede fortführen solle. Die Frage der "global negotiations" habe große Schwierigkeiten bereitet, denn in den USA gebe es große Vorbehalte aus Sorge, die Mängel der Welt sollten lediglich neu verteilt werden. Nach seinem Eindruck hänge die Haltung der E-Länder von deren Erfahrungsstand ab. Für ihn seien vor allem gute Handelsbeziehungen und ein gutes Investitionsklima für die Entwicklung wichtig. Er hoffe, daß sich

in den nächsten Wochen einige positive Lösungen ergeben. Hinsichtlich des Ergebnisses von Cancún sei er "more optimistic than pessimistic".

B. empfiehlt, dogmatische Dispute zu vermeiden. Die These "keep your own country in order" habe verwirrt. Es gebe aber Länder, in denen neben der privaten Investitionstätigkeit zusätzliche Anstöße nötig seien. In der ICIDI sei die Investitionstätigkeit der multinationalen Unternehmen positiv bewertet worden. Hinsichtlich der "global negotiations" gestatte er sich den Rat, Einfluß auf die Gestaltung der Tagesordnung zu nehmen. Natürlich sei eine Grundsatze debatte nötig, dennoch müßten maximalistische Forderungen hinsichtlich der Tagesordnung vermieden werden. Vielmehr sei es nötig, die Probleme Nahrung und Energie in den Vordergrund zu rücken. Er weist auf McNamara's Idee einer Energy-Financing-Authority bei der Weltbank hin.

H. betont, man sei nicht "ultimately" dagegen. Man fürchte aber eine neue Bürokratie. Stattdessen wolle man versuchen, eine "supervisory group" zu entwickeln. Hinsichtlich Cancún gebe es ein positives Programm auf den Gebieten Nahrung, Energie und Handel. Deshalb sei er hinsichtlich der Ergebnisse zuversichtlich. Er habe heute dem Präsidenten gesagt, man müsse die sich entwickelnde Welt spüren lassen, daß man sich für sie verantwortlich fühlt. "You need mutual trust".

Er bittet sodann um einen Bericht über die Situation in Europa; dabei bezieht er sich auf seine soeben beendete Berlin-Reise.

B. erklärt eingangs, man habe die Reaktion von H. auf die Vorgänge in Berlin bewundert. H. ergänzt, nach seiner Einschätzung seien die meisten Unruhestifter keine Berliner Bürger gewesen. Die Berliner Bürger hätten sich gegenüber früher nicht geändert.

B. erinnert daran, daß es Demonstrationen auch in anderen Ländern gegeben habe; er selbst habe es in New York im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg erlebt, wie Präsident Johnson Mühe gehabt habe, eine Veranstaltung im Waldorffhotel zu erreichen.

Er weist auf die Vielschichtigkeit der Probleme Berlins hin. Die Stadt ziehe als Folge ihres besonderen Status eine große Zahl von Leuten an, die nicht zum Militär wollen. Auch er sei sicher, daß die Krawallmacher vornehmlich aus Westdeutschland kämen, dennoch müsse man wissen, daß sich die Berliner Jugend anders zusammensetze als die Westdeutschlands. Es gebe außerdem Probleme mit den Ausländern, so sei Berlin die drittgrößte türkische Gemeinde in der Welt. Die Verwaltung verfüge über Leistungsschwächen. Es könne auch nicht akzeptiert werden, daß angesichts der Wohnungsnot Häuser leerstehen.

Aber er habe dem Kanzler gesagt, es sei ein Fehler, die Friedensbewegung als anti-amerikanisch, neutralistisch oder gegen die eigene Regierung gerichtet zu betrachten. Ihr Ziel sei es, dem, was die Regierungen tun, etwas hinzuzufügen. Die jungen Leute verstünden die Notwendigkeit des overkill nicht. In Deutschland, wo sie lebten, sei das größte Arsenal von Atomwaffen der Welt auf engstem Raum konzentriert. Leider sei in die Öffentlichkeit gebracht worden, daß er, anders als der Bundeskanzler, die Friedensdemonstration am 10. Oktober nicht für eine Kampfansage an die Regierung hält. Er habe festgestellt, daß man mit den jungen Leuten diskutieren könne; sie stimmten zwar mit uns nicht überein, hörten aber zu, und er sei zuversichtlich, man könne den größten Teil integrieren. Er habe Breschnew davor gewarnt, die Friedensbewegung als eine kommunistische Bewegung zu betrachten, ihre Anhänger hätten vielmehr grundsätzlich etwas gegen Raketen. Dabei verkenne er nicht, daß kleine kommunistische Gruppen die Friedensbewegung zu infiltrieren suchten, die aber im Kern von der Evangelischen Kirche ausgehe. Er glaube, daß es gelingen werde, diese Gruppen zu integrieren. Als positiv bezeichnete er es, daß nach den Vorgängen in Berlin eine Tendenz unter den jungen Leuten bestehe, nicht der Polizei die Arbeit zu überlassen. Man müsse deshalb auch damit rechnen, daß bei der Bonner Demonstration Jugendliche gegen die Krawallmacher vorgehen. Seine These sei es, das Protestpotential von Gewaltpotential zu trennen. Wenn die Abrüstungsverhandlungen begonnen hätten, werde es leichter sein, mit den jungen Leuten zu argumentieren.

H. sagte, früher sei man über die Sorge in den europäischen Ländern irritiert gewesen, "to trade Hamburg for New York". Jetzt sei die Sorge eine andere. Er stimme darin überein, es gebe keine Tendenz zum Neutralismus oder zur "Finnlandisierung", vielmehr einen profound concern über die Massierung von Waffen. Hinzu kämen ökologische Forderungen. Man könne die Jugend überzeugen, wenn die Abrüstungsverhandlungen erfolgreich seien - "und ich versichere Ihnen, daß wir ernsthaft verhandeln, das sagte ich auch Gromyko, und er hat es nach neuneinhalb Stunden verstanden". Dennoch seien Resultate nicht schnell zu erwarten. Er sei betroffen über die Sorge der Sowjetunion, dem Westen gehe es nur darum, einige mobile Systeme neu zu lozieren. H. betont, man betrachte die europäische Sicherheit nicht als von der eigenen unterschieden, es sei ein einheitliches Paket, deshalb liege den USA auch Konsultationen. Allerdings brauche es Zeit, bis man die Position des anderen sieht.

Man fühle, und das decke sich mit seinen Nato-Erfahrungen, daß die Russen nicht so schnell bereit seien, sich an den Tisch zu setzen. Seit Dezember 1979 habe man sie darum gebeten, er hoffe, man werde den Russen klarmachen können, was die Alternative sei: es gehe nicht um Fragen der Überlegenheit, sondern um das Gleichgewicht. Er betont, daß er dies klarmachen müsse, weil er wisse, daß es in seiner, B.'s, Partei besonders diskutiert werde. Man gehe ernsthaft an die Gespräche und in der Erwartung, Erfolge zu erzielen. Diese Gespräche involvierten vitale europäische Interessen.

B. gibt auf Bitte von H. eine Bewertung der polnischen Situation. Seit Anfang des Jahres glaube er, die Zeit komme, zu der die polnische Arbeiterbewegung in die Verantwortung gezogen wird. Die Bevölkerung wolle zunehmend mehr Ordnung. Sie müßten auf den Nationalismus setzen. Er wisse nicht, wie weit das möglich sei, ohne die russische Sympathie zu verlieren. Nach seinen Gesprächen mit Breschnew habe er nicht den Eindruck, daß eine Intervention drohe. Insbesondere Jaruselski habe dessen Vertrauen. Das Problem sei, da die Partei ein Vakuum gelassen habe, das Solidarnóś nicht füllen könne, komme die Armee. Mit Walesa habe man ein besonderes Problem: einerseits wolle man ihn nicht entmutigen, ihm andererseits aber deutlich machen, wo Grenzen sind.

H. betont, auch er sei der Überzeugung, es gebe ein Blutbad im Falle einer Intervention, die Situation sei "immanagable".

H. spricht WB auf dessen Bedenken gegen einen Beitritt Spaniens zur NATO an. Man verfolge damit das Ziel, das spanische Militär zu einer anderen Beschäftigung als in der Vergangenheit zu bringen. Das schlimmste sei ein Scheitern des demokratischen Prozesses. Von einer militärischen und wirtschaftlichen Integration hätten schließlich alle Europäer Vorteile.

B. erwidert, wenn er Mitglied der Regierung wäre, würde er die ihm, H., bekannte Position der Bundesregierung teilen. Wenn die Spanier beitreten wollten, so solle man sie daran nicht hindern. Seine Zweifel bezögen sich auf drei Punkte:

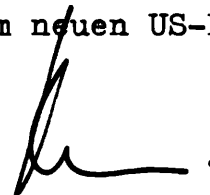
- Das Verfahren: Es sei nach seiner Einschätzung besser gewesen, zunächst den Beitritt der Spanier zur EG zu vollziehen. Wegen französischer Vorbehalte werde das aber schwierig sein; diese bezögen sich allerdings nicht nur auf Agrarfragen.
- Was die Frage der Demokratisierung anlangt, so sei er skeptisch, denn, darauf habe Filipe Gonzalez ihn hingewiesen, die Putschgenerale seien durchweg auf amerikanischen Hochschulen ausgebildet worden.
- Das russische Prestige sei tangiert, er gehe davon aus, daß nach der Entscheidung ein weiteres Land - Syrien oder Vietnam - dem Warschauer Pakt beitrete. Vor allem die Jugoslawen hätten davor gewarnt, den Russen einen Vorwand zu geben, das Gleichgewicht im Mittelmeerraum zu stören. Das beziehe sich auf Albanien. B. erinnert an Gespräche, die Eagleburger ~~bei seiner Jugoslawienreise mit Grabert~~ geführt habe.

Er betont, ~~er sei nicht gegen den Beitritt, aber er~~ habe Zweifel.

H. sagt, mit Sorge betrachte man die Entwicklung in Nicaragua. Man werde eine demokratische Entwicklung unterstützen, die Armee werde aber stärker, nicht zuletzt durch die über Kuba einfließende sowjetische Militärhilfe. Gromyko habe ihm zwar gesagt, wir sollten uns über Kuba nicht aufregen, er habe ihm aber erwidert, daß dort mehr sowjetische Soldaten stationiert seien als amerikanische in Europa.

B. betont, daß er keine eigenen Erfahrungen zu Nicaragua habe. Der österreichische Bundeskanzler werde nach Cancún dort hinreisen. Hermes ergänzt, auch Bundesaußenminister Genscher.

H. äußert den Wunsch, Kreisky zu sehen. B. bemerkt, dieser habe sich sehr positiv über die Zusammenarbeit mit dem neuen US-Botschafter geäußert.

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized 'H' or similar character, followed by a period.